An

- die Bürgermeister im Amt Moorrege
- die Mitglieder im Amtsausschuss Moorrege
- den Amtsdirektor

Integration der Flüchtlinge und Unterstützung durch die Amtsverwaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem die Flüchtlinge im Amtsbereich untergebracht worden sind, wir sie bei den ersten Schritten in ihrer neuen Heimat tatkräftig unterstützt, beraten und begleitet haben, kommen nun erhebliche Herausforderungen auf uns zu.

Die Beantragungen von Bankkonten, Internetzugängen, Sozialtransfers beim Übergang zum JobCenter, Erziehungsgeld oder Aufenthaltsgenehmigung eines Neugeborenen nehmen sehr stark zu. Dazu kommen Beratungen zur Krankenkasse, Haftpflichtversicherung oder auch Mietverträge. Das Durchforsten des Behördenschungels kostet uns sehr viel Zeit, Energie und auch Geld. Außerdem werden wir nicht als Rechtsanwalt tätig, sondern handeln im Rahmen einer Gefälligkeit. Daher müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht regresspflichtig machen.

Die Flüchtlingszuweisungen im Amt sind derzeit stark rückläufig. Dadurch haben wir in den Gemeinden Leerstände in den Flüchtlingsunterkünften. Natürlich macht es keinen Sinn, einen Leerstand zu finanzieren. Allerdings darf eine Kündigung von Unterkünften nicht ausschließlich nach finanziellen Gesichtspunkten erfolgen. Zwar können alleinreisende Flüchtlinge mit höheren Summen gegenüber dem Land abgerechnet werden als Familien, aber die sozialen Gesichtspunkte (friedliches Zusammenleben untereinander und miteinander) sowie eine ehrenamtliche Betreuung bei der Integration muss als gleichrangiges Kriterium gelten. Wir wollen keine zentralen Flüchtlingsunterbringungen in den Gemeinden, die zu Problembrennpunkten führen. Wir wollen, auch wenn keine Kündigung von Flüchtlingswohnungen erfolgt, Umsetzungen mit der Amtsverwaltung beratschlagen.

Die zugewiesenen Flüchtlinge haben teilweise in den Erstaufnahmezentren nur eine Gesundheitsuntersuchung auf Sicht erfahren. Es ist nicht auszuschließen, dass Flüchtlinge Hepatitis in sich tragen. Schon aus der Fürsorgepflicht heraus, ist es geboten, sich davor zu schützen. Seit Anfang Februar 2016 hat die Amtsverwaltung alle Flüchtlingsbetreuer aufgefordert, sich an einer Hepatitis-Impfung zu beteiligen.

Leider konnte im Amt bis zum heutigen Tag noch kein Verfahren mit dem Impfarzt vereinbart werden.

Aus den o. a. Schilderungen benötigen wir, ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuer, von der Amtsverwaltung mehr Unterstützung. Es scheint, das anfängliche Engagement ist einer Routine gewichen.

Wir wünschen uns,

- eine Einrichtung einer Sprechstunde für Flüchtlinge in der Amtsverwaltung (nicht nur für Asylanten), z. B. einmal wöchentlich 2 Stunden,
- eine Absicherung für unsere Gefälligkeiten (Auskünfte, Ratschläge, etc.) vor Regress,
- eine zuständige Person für Flüchtlinge in der Amtsverwaltung, die die Kommunikation und Korrespondenz mit den Flüchtlingen und den ehrenamtlichen Betreuern aus einer Hand führt,
- bei leerstehenden Flüchtlingswohnungen ein Mitspracherecht bei den Umsetzungen, um Probleme vor Ort lösen zu können,
- eine bessere Kommunikation und Absprache bei der Ersteinrichtung von Flüchtlingswohnungen, insbesondere eine Inventarliste der gelagerten und vorrätigen Gegenstände und
- endlich ein Verfahren für die Hepatitis-Impfung.

Liebe Mitglieder des Amtsausschusses, wir wollen Sie mit diesem Schreiben über unsere Situation in den Gemeinden der Amtsverwaltung informieren und Sie bitten, uns bei der Umsetzung unserer Wünsche zu helfen.

Wir wollen keine unnötigen Probleme vor Ort, sondern eine Integration voranbringen. Wir wollen keine unnötigen bürokratischen Hindernisse in der Amtsverwaltung, sondern eine Wertschätzung unserer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Irmgard Voß (Heidgraben)

Ursula Glage (Moorrege)

Ruth Stahl (Moorrege)

Vera Weller (Heist)

Kirsten Both (Heist)

Ulrich Rahnenführer (Appen)